

Der Staatsminister

SÄCHSISCHES STAATSMINISTERIUM FÜR UMWELT UND LANDWIRTSCHAFT
Postfach 10 05 10 | 01076 Dresden

Frau Bundesministerin
Dr. Barbara Hendricks
Bundesministerium für Umwelt,
Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit
Stresemannstraße 128-130
10117 Berlin

Durchwahl

Telefon +49 351 564-

Telefax +49 351 564-

@
smul.sachsen.de*

**Kamingespräch anlässlich der 83. Umweltministerkonferenz am
23. Oktober 2014 in Heidelberg**

Aktenzeichen

(bitte bei Antwort angeben)
45-8983.30/1/2

Dresden, 16.10.2014

Sehr geehrte Frau Bundesministerin,

der Freistaat Sachsen und das Land Niedersachsen haben für das Kamingespräch anlässlich der 83. Umweltministerkonferenz das Thema „Entsorgung freigemessener Abfälle aus dem Abbruch von Kernkraftwerken“ angemeldet. Nachfolgend erlaube ich mir, Ihnen Anlass und Zielstellung meiner Initiative zu erläutern.

Mit dem Ende der friedlichen Nutzung der Kernkraft werden in der Bundesrepublik Deutschland die Kernkraftwerke (KKW) zurückzubauen sein. Von diesen KKW sind derzeit noch neun am Netz, die bis zum Jahr 2022 schrittweise abgeschaltet werden. Nach Angaben des niedersächsischen Umweltministeriums in der Presse (siehe EUWID Ausgabe 39.2014) werden allein aus dem nichtnuklearen Bereich des KKW's Stade, Abbaumassen von 198.000 Tonnen zu entsorgen sein. Insgesamt wird von allen fünf KKW des Landes Niedersachsen mit einer Menge von 2,5 Millionen Tonnen gerechnet. Zwar bestehen keine zeitlichen Vorgaben für den Rückbau der KKW, dennoch lässt die Entsorgung der dabei als Abfall zur Beseitigung freigemessenen Stoffe angesichts der zu erwartenden Menge schon heute erhebliche Probleme erkennen.

Eine jüngst erfolgte Verbringung solcher Abfälle aus dem Rückbau des KKW's Stade auf eine Deponie im Freistaat Sachsen sorgte sowohl in der Öffentlichkeit vor Ort als auch in den Medien für erhebliches Aufsehen. Ausgelöst wurden diese Diskussionen durch die - fachlich unbegründete - Sorge der Anwohner der Deponie um ihre Gesundheit. Angesichts der absehbaren Zahl und Länge der Transportvorgänge stand insbesondere die Frage der umweltpolitischen Verantwortung der Länder des Anfallortes im Mittelpunkt. Es wurde die Frage aufgeworfen, weshalb ortsnahe, niedersächsische Deponien den Bauschutt trotz dort vorhandener Deponiekapazitäten nicht angenommen haben und die abfallrechtlichen Möglichkeiten zu einer ortsnahen Entsorgung nicht genutzt wurden.

Jetzt 
schalten
*Energieeffizienz
in Sachsen*

Hausanschrift:
Sächsisches Staatsministerium
für Umwelt und Landwirtschaft
Archivstraße 1
01097 Dresden

www.smul.sachsen.de

Verkehrsverbindung:

Zu erreichen mit den Straßen-
bahnlinien 3, 6, 7, 8, 13

Für Besucher mit Behinderungen
befinden sich gekennzeichnete
Parkplätze am Königsufer.
Für alle Besucherparkplätze gilt:
Bitte beim Pfortendienst melden.

* Kein Zugang für elektronisch signierte
sowie für verschlüsselte elektronische
Dokumente

Die Entsorgung zukünftig in großen Mengen anfallender freigemessener Abfälle aus dem Rückbau von KKW auf Deponien außerhalb des Landes, in dem der Abfall anfällt und der damit verbundene Transport über große Entfernungen, erwecken bei der Öffentlichkeit den Eindruck fehlender umweltpolitischer Verantwortung. Damit verringert sich nachhaltig die Akzeptanz für die Entsorgung dieser Abfälle und des Freigabeverfahrens insgesamt. Diese Akzeptanz gilt es jedoch politisch zu stärken, wenn die Energiewende erfolgreich zum Abschluss gebracht werden soll.

Vor diesem Hintergrund halte ich es für unabdingbar, dass wir uns im Kamingespräch darauf verständigen, die Abfälle aus dem Rückbau von Kernkraftwerken grundsätzlich in den Ländern zu deponieren, in denen diese auch anfallen.

Sehr geehrte Frau Bundesministerin, ich würde es daher ausdrücklich begrüßen, wenn wir im Ergebnis unseres Kamingesprächs die klare Botschaft nach außen geben könnten, dass die Ministerinnen und Minister, Senatorinnen und Senatoren der Umweltressorts des Bundes und der Länder verabredet haben, strahlenschutzrechtlich freigemessene und damit nicht gefährliche Abfälle aus dem Rückbau von Kernkraftwerken grundsätzlich im Land des Anfallortes zu deponieren.

Ich bitte Sie, sich meinem Vorschlag im Sinne unserer umweltpolitischen Verantwortung und im Interesse der öffentlichen Akzeptanz anzuschließen.

Dieses Schreiben ist an alle Mitglieder der Umweltministerkonferenz ergangen.

Mit freundlichen Grüßen



Frank Kupfer